

2. 21 III 500

Fortsetzung 2. Seite

Am durch die englischen und italienischen Unternehmungen notwendige Feststellungen treffen soll und darüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen in vollem Umlange berücksichtigen werden.

9. Im übrigen ist die Deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Bedrohung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantemächte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Ablauf der französischen Wahlperiode die Führung der belgischen Regierung in Belangen einleiten über den Abschluß eines zweiseitigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantemächte unterzeichnet.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Verbindlichkeiten ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die Deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Paktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die Deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Wert dieser aus freien Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines verbindlichen Abkommens einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpässliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitz des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden der beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Überprüfung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Falle der Nichterfüllung dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vornehmen zu lassen.

17. Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Ost- und Nordostgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die Deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundesstatutes von seiner Verfallens-Grundlage gelöst wird.

19. Deutschland schlägt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einleitung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

Nach dem Abschluß eines solchen großen Wertes der europäischen Friedenssicherung hält es die Deutsche Reichsregierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uralten Bedürfnis durch praktische Maßnahmen Einhalt zu geben. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

## Deutschlands Abrüstungsvorschläge

Die Deutsche Reichsregierung verpflichtet sich aber nichts von dem Versuch unterlassener Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde, und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiet der Beschränkung militärischer Rüstungen belehrend und anregend wirken können.

Die Deutsche Reichsregierung schlägt daher vor, die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer aber klar umrissenen Aufgabe. Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an, den Austausch in die moralische und

mentale Atmosphäre der Feindschaft durch die gegenseitige Anerkennung des Nichtgegensatzes und dem Vermögen zuzugestehen, die Feindschaft zu beenden. So wie die Tötung, mehr oder weniger oder Befehlsgewalt oder die Verwendung von Dummheitsgeschossen oder die Führung des wundenlosen Dummheitsgeschusses durch internationale Konventionen geregelt wird, werden auch auf den Gebieten neuer Waffenentwicklung die Möglichkeiten einer sinnvollen Einleitung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegsführung zu widersprechen.

Die Deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfs von Gas-, Gift- und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfs von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der militärischen schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit selbsttätigen Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerer Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerer Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen. Die Deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, daß, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von außerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

Um dem allgemeinen Wunsch nach einer Wiederherstellung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist es daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des militärischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gebanten- und Austausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europa auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedigung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind veräußert worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt außerdem, durch die Vorlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr frei gemacht zu haben.

## Hitlers Friedensmahnung

„Die neue Epoche der europäischen Geschichte.“

Berlin, 2. April.

Unter der Überschrift „Die neue Epoche der europäischen Geschichte“ schreibt die NSR. zu dem Friedensplan der Deutschen Regierung u. a.:

Ebenso wie die Tat des Führers vom 7. März am Ende einer Entwicklung steht, die in Versailles begann und die Europa in eine fünfzehnjährige Unordnung, in einen ungleichen Kampf zwischen Siegern und Besiegten, in einen gefährlichen Krankheitszustand führte, der alle erschauert — so ist der deutsche Friedensplan, den Adolf Hitler den europäischen Nationen vorlegt, derufen, einer neuen Epoche der europäischen Geschichte die Richtung zu geben und am Anfang einer Politik der Vernunft und Staatsmännischen Verantwortung zu stehen.

Erst Adolf Hitler hat nach einer unfruchtbaren Periode europäischer Politik, in der nicht die Vernunft, sondern die Gefühle des Hasses regierten, mit seinen großen Ideen die europäische Debatte auf das Kernproblem gelenkt: Auf das Problem, ein neues Ethos der europäischen Völkergemeinschaft zu begründen.

Der große deutsche Friedensplan ist das Manifest dieses Ethos, das die Grundlage aller künftigen Schritte sein

lung fiel ihm an. Ein Gefühl unfähiger Wildigkeit brach lärmend über ihn herein.

Er hätte nach Brasilien reisen und nach Sigrid Röder suchen müssen, aber er besaß nicht mehr die Kraft, sich zu dieser Tat aufzuraffen.

Noch einmal sich der Verfolgung aussetzen? Noch einmal von Ort zu Ort sich begeben lassen?

Nein, am einfachsten war es wohl, wenn er sich auf der nächsten Polizeiwache stellte! Dann war er aller Sorgen ledig. Man würde ihn verhaften, würde ihn nach Deutschland bringen. Er brauchte sich um nichts mehr zu kümmern.

Schon hatte er einen Polizisten nach dem Weg gefragt, schon stand er vor dem Eingang der Polizeistation — da verhielt er den Schritt.

Nein! Nicht so, nicht als Verbrecher wollte er in die Heimat zurückkehren, nicht der amerikanischen Polizei wollte er sich ausliefern, sondern der deutschen Behörde.

Ein freier Mann! So wollte er den deutschen Boden betreten.

Aufatmend machte er feht und erkundigte sich nach dem Gebäude der Hamburg-Amerika-Unité.

Als er die Schiffskarte nach Hamburg bezahlt hatte, betrug seine Bauschaft noch knappe fünf Dollar.

18.

Ueber den Dächern und Wäldern von Hamburg hing der gläserne Glanz eines kühlen Spätherbsttages. Von Nord der Wälder, die soeben aus Neuwerk eingelaufen war, strömten die Jagdgäste. Ihre Mienen verrieten den Ausdruck einer tiefen nach innen gefahrenen Freude. Mit glückseligen Augen eilten sie in die Arme ihrer Freunde und Angehörigen.

Niemand achtete auf den jungen Mann, der mit den anderen über den Laufsteig schritt, und dessen sonnengebräuntes Antlitz von tiefer Bewegung verklärt war.

Als Walter Holland den Boden der Heimat betrat, durchdrangte eine schmerzliche süße Erschütterung seine Seele. Zum erstenmal erlebte er das Gemälde, daß er sich aufgenommen, ja gleichsam umfassen fühlte von dem Boden, von der Erde, die ihn geboren hatte.

muß, wenn sie tatsächlich 500 Millionen Frieden und Welt-Brüder bringen sollen.

Ueberwunden die Zwietracht — so werden ihr den Frieden ernsten — die deutsche Adolf Hitler, der die Jahre hindurch auf das feierliche Mandat der deutschen Nation in Europa, und ebenso wie er einst an den deutschen Völkern appellierte und in diesem Sinne die deutsche Nation auf die erste Voraussetzung der Erhebung aus der so ruft er heute wieder den Willen der europäischen Völker zu einer Lösung, die in ihrer offenen Lage die Stimme der Vernunft Ausdruck gibt.

Wir fragen: Wo in Europa wird es Völker geben, nicht von dem tiefen inneren Sinn der großen Idee überzeugt werden, die Adolf Hitler im einzelnen Sinne hat? Welches Volk wird sich nicht in einer Völkergemeinschaft genau so einstimmen zu einem fünfundzwanzigjährigen europäischen Friedensvertrag befehlen, wie das deutsche Volk die Vorschläge seines Führers zu seinen eigenen gemacht hat?

Die Karten der deutschen Friedenspolitik liegen offen vor allen Völkern.

Jeder fühlt aus den Gedanken der deutschen Völkergemeinschaft, daß sie nicht aus Kompromissen ausgeht, sondern aus dem klaren Verstand eines Mannes aufgeschlüsselt wurde, der aus dem Volke kommend erwählter Führer eines Volkes wurde und so in dem Willen der Völker einen großen Faktor jeder politischen Gestaltung sieht.

Deutschland und Frankreich waren sich seit tausend Jahren niemals näher als jetzt in diesen Tagen, in denen der Weg aufgezeigt wurde, auf dem sie gemeinsam die Probleme der Zeit zu meistern vermögen. Und wir, die wir Kriegesblut zwischen diesen beiden Nationen einmal eingegeben, — dann, das wissen wir aus der Geschichte Europas — ist wirklich allen europäischen Völkern der Tor zu einer neuen Welt geöffnet worden!

## England prüft den Friedensplan

London, 2. April.

Die zweite Kabinettsitzung am Mittwochmorgen, die 14. Stunde. Wie „Evening News“ erzählt, haben die Kabinettsmitglieder bei dieser Gelegenheit die Vorlegung des deutschen Friedensplanes zugänglich gemacht. Der König empfing nach der Kabinettsitzung den französischen Neville Chamberlain.

## Besuch Dr. Frants in Rom

Berlin, 2. April.

Reichsminister Dr. Frant, Präsident der Akademie des Deutschen Reichs, wird am 3. April auf Einladung der italienischen Akademie der Wissenschaften vor dem Nationalen Kulturinstitut einen Vortrag über „Gefährdung und Rettung des Nationalsozialismus“ halten. Reichsminister Dr. Frant wird aus diesem Anlaß mit dem italienischen Justizminister und anderen Regierungsstellen sowie mit gebildeten wissenschaftlichen und politischen Persönlichkeiten die Beziehungen des deutschen Rechtslebens und der deutschen Rechtswissenschaft zu den Juristen und Juristinnen Italiens einer förderlichen Besprechung unterbreiten.

## Kommunisten-Razzien in ganz Polen

Warschau, 2. April.

Gleichzeitig mit den in Warschau erfolgten Verhaftungen der Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei für Polen ist in ganz Polen eine ungeschickte politische Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt worden, die zu über 400 Verhaftungen führte. Bei den zahlreichen Hausdurchsuchungen wurden Lager kommunistischer Propagandaliteratur gefunden. In Czestochowa wurden 43 Kommunisten verhaftet.

## Volksrechnung eines Todesurteils

In München-Gladbach ist der am 12. April 1938 geborene Josef Neuffen aus Tübingen hingerichtet worden, der vom Schwurgericht in München-Gladbach wegen Mordes und Stillschließensverbrechens zum Tode verurteilt worden ist. Neuffen, der sich als Bandenführer umhertreibt, hatte am 25. September 1935 eine sechsjährige Schülerin in der Wald gelockt, sich unzüchtig an ihr vergangen und sie ermordet.

Seine Schritte, mit denen er der Stadt zustrebte, waren verhalten vor Undacht. Er begriff nicht mehr, warum er dieses Land, seine Heimat, verlassen hatte, welche Verirrung ihn getrieben hatte, vor einem Schurken seine Flucht zu ergreifen, anstatt als ein arbeitsamer Mann seine Schuldlosigkeit zu verteidigen.

Durch die Flucht hatte er sich schuldig gemacht — und diese Schuld hatte er brühen müssen. Das Schicksal war von unerbittlicher Gerechtigkeit.

Mit glänzenden Augen blickte er um sich. Die Straßen, die Gesichter der Menschen, die ihm begegneten, alles war ihm eine wunderbare Welt vertraut.

Seine Schritte verlangsamten sich nicht, als er sich dem Polizeigebäude näherte. Er war bereit, jetzt das zu tun, was er vor einem halben Jahr hätte tun sollen: Um die Ehre seines Namens zu kämpfen!

Erst dann, wenn es ihm gelungen war, sich von der furchtbaren Anklage zu befreien, wenn sein Mord nicht an ihm haften, erst dann durfte er an sein Glück denken.

Dann würde er nochmals nach Brasilien reisen und nicht eher zurückkehren, bis er Sigrid gefunden hätte.

Mit diesem Voratz überschritt er die Schwelle des Polizeirevers.

Hinter einem der Schreibtische erhob sich ein Beamter und trat auf ihn zu. „Sie wünschen?“

Der Gefragte presste die Hände ineinander. „Ja — ja —“ — Walter Holland.

Der Beamte blieb gleichgültig. „Ja — und?“

„Ich bin Walter Holland, vom Berliner Staatsanwaltschaft seit einem halben Jahr wegen Verdachts des Mordes an einer Frau verhaftet. Ich kam von Brasilien nach Amerika zurück und möchte mich freiwillig den Behörden stellen, um meine Unschuld zu beweisen. Ich bitte, mich in Haft zu nehmen.“

Der Beamte maß den seltsamen Besucher mit einem prüfenden Blick. Dann wandte er sich an einen anderen Beamten, der bei Hollands Worten gleich nach einem Aktenbündel gegriffen hatte und eilig darin blätterte. „Ist das, finden Sie etwas darüber?“

„Aber klar, erinnern Sie sich denn nicht mehr?“ Der Beamte maß den seltsamen Besucher mit einem prüfenden Blick. Dann wandte er sich an einen anderen Beamten, der bei Hollands Worten gleich nach einem Aktenbündel gegriffen hatte und eilig darin blätterte. „Ist das, finden Sie etwas darüber?“

„Aber klar, erinnern Sie sich denn nicht mehr?“ Der Beamte maß den seltsamen Besucher mit einem prüfenden Blick. Dann wandte er sich an einen anderen Beamten, der bei Hollands Worten gleich nach einem Aktenbündel gegriffen hatte und eilig darin blätterte. „Ist das, finden Sie etwas darüber?“

# Aus der Heimat

Spangenberg, den 2. Ostermond 1936.

**o Pfister-Talperre.** In der letzten Nummer berichten wir von dem Beginn des Pfister-Talperren-Daues. Um nun dem vorzubeugen, daß einzelne Dörfchen der Gegend schon freiwillig räumen, möchten wir unseren Lesern mitteilen, daß diese Idee in der Phantasie unserer VerleserInnen entstanden ist und außerdem gestern der 1. April war.

**Der Schmetterling der NSB.** Mit dem 31. März hat das Winterhilfsamt 1936/37 seinen Abschluß gefunden. Der Kampf gegen Hunger und Kälte ist siegreich beendet. Damit aber sind nun alle Kräfte der NSB für die neue große Sommerarbeit frei geworden. Man darf nicht zu betonen, wie groß und verantwortungsvoll die Aufgaben sind, die die NSB für das kommende Jahr zu leisten hat. Denn jeder Deutsche kennt sie und weiß, was in den letzten Jahren allein auf den Gebieten der Mutterverpflichtung, des Pfister-Talperren und der Kinderlandverschickung, der Jugendhilfs- und Erholungsanstalten, der Winterreisepflichte u. a. m. geleistet worden ist. Die Durchführung solcher Aufgaben ist nur möglich durch die Einfühlungsvermögen aller Beteiligten. Wenn sich deshalb am Sonnabend und Sonntag, den 4. und 5. April, die Pfister und Talperren der NSB in allen Städten und Dörfern an die Kirchhöfe wenden und um ihre Spende bitten, so wird es niemanden geben, der sich dieser Bitte verschließt, um so mehr, als bei dieser Sammlung verlaufenen Sammelabzeichen, kleine Schmetterlinge aus Porzellan, besonders schön und wertvoll sind. Es gibt daher für den 4. und 5. April eine Parole: „Alle Kirchhöfe tragen den Schmetterling der NSB-Volkshilfsfahrt“.

**Wollrode.** Beim Holzfällen fanden Waldbesitzer und Wollrode in einem Fichtenbestand in der Nähe des Waldes eine fast verweste männliche Leiche. Wie hierzu berichtet wird, handelt es sich um einen seit 1934 vermissten Arbeiter Einwohner, der seinerzeit öfters Selbstmordgedanken äußerte und dessen Motorrad damals herrenlos in der Nähe der Autobushaltestelle Nürnberger Straße gefunden wurde. Alle Nachforschungen nach dem Vermissten blieben damals ohne Erfolg, bis jetzt ein Zufall Aufklärung über den Verbleib des Mannes brachte.

**Schmalldalen.** Ein Schmalldalener Einwohner, Willi J., war vom Amtsgericht in Schmalldalen zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er das Winterhilfsamt betrogen hatte. Dagegen hatte er bei der ersten Strafkammer Suhr Berufung eingelegt. Der Angeklagte hatte im Herbst vorigen Jahres, obwohl nur ein paar Tage arbeitslos, Antrag auf Winterhilfe gestellt und unrichtige Angaben über seine bisherige Arbeitslosigkeit gemacht. Auch hatte er den Verdienst seiner Frau nicht in voller Höhe angegeben. Er wollte sich damit entschuldigen, daß er den richtigen Lohn nicht kannte; seine Frau bestätigte dies auch als Zeugin. Weiter war er verpflichtet, die Minderung seines Einkommens sofort dem Winterhilfsamt mitzuteilen. Dies hat er nicht getan. Das Gericht wies ihm dem Antrag des Staatsanwaltes an und verurteilte die Berufung auf Kosten des Angeklagten.

**Westerburg.** Der älteste Westerburger Einwohner, der Sonntag vormittag noch zur Wahlurne schritt, wurde mittags durch einen plötzlichen Tod von dieser Erde abgerufen. Sein Wunsch, 100 Jahre alt zu werden, ging somit leider nicht in Erfüllung. — Ein anderer beinahe hundertjähriger in Ez erklärte bei seiner Stimmabgabe, daß er trotz seiner 99 Jahre noch jung genug sei, um seine Stimme für den Führer abzugeben.

**Die deutschen Heilanstalten in der Schweiz.** Die altbewährten deutschen Heilanstalten in der Schweiz, nämlich das Deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf, die Deutsche Heilstätte in Davos-Wolfgang und das Deutsche Haus in Agra, haben unter den Erleichterungen des Reiseverkehrs mit der Schweiz in den letzten zwei Jahren erheblich gelitten. Durch besondere Vereinbarungen hinsichtlich des Besuchs der Sanatorien ist sichergestellt, daß Reisezahlungsmittel zum Besuch der genannten Anstalten auch für die Zeit zur Verfügung stehen, in der für gewöhnlich Erholungs- und Vergnügungszwecke keine Reisezahlungsmittel abgegeben werden können. Nähere Auskunft erteilen die anfangs erwähnten Anstalten.

## Merlei Neuigkeiten

**Ferneben registriert.** Die Instrumente der Reichsanstalt für Erdbenenforschung in Jena verzeichneten am 1. April früh 3.23 Uhr 21 Sekunden ein starkes Ferneben mit etwa 11400 Kilometer Herdentfernung. Die Bodenbewegungen in Jena, die ihren Höhepunkt um 4.10 Uhr mit 0.2 Millimetern Ausschlag erreichten, hielten bis gegen 6 Uhr an. Genaue Angaben über die Herblage lassen sich vorläufig aus den Aufzeichnungen einer einzelnen Station noch nicht machen.

Ein folgenschweres Verkehrsunfall ereignete sich auf der Provinzialstraße zwischen Hilden und Bohnwinkel. Infolge von Sprühen war die Straße schlüpfrig geworden. Als nun ein Fernlastzug an einem Straßenbahnwagen der Rheinischen Bahngesellschaft vorbeifuhr, rutschte plötzlich der Straßenbahnwagen seitwärts ab und schlug gegen den Fernlastzug. Der Straßenbahnwagen wurde sehr stark beschädigt. Acht Personen, darunter der Fahrer des Straßenbahnwagens, der einen Schädelbruch erlitt, wurden verletzt.

## Kraubmord

**Osnabrück, 2. April.** In der Rapsel in Wallenhorst bei Osnabrück wurde die Hausangestellte Margarete Straßberger ermordet. Der Mord ist offenbar von Einbrechern verübt worden, die aus dem Geldschrank der in dem Hause befindlichen Spar- und Darlehenskasse mehrere 1000 RM in Papiergeld entwendet haben. Die Einbrecher haben den Schrank mit dem dazugehörigen Schlüssel geöffnet, so daß vermutet werden kann, daß sie mit den Deutschkellern vertraut gewesen sind.

## 25 Todesopfer eines Einsturzungsunfalls?

**Jerusalem, 2. April.** Der Neubau des Nationalmuseums von Antiochia (Nordjordan) ist eingestürzt. Fünfzig Arbeiter wurden begraben, von denen bisher sechs schwer verletzt geborgen sind. Man rechnet mit etwa 25 Toten.

## Nochmals Straußauftrieb für Hauptmann

**Trenton, 1. April.** Auf Antrag des Obmannes der Großgeschworenen, die das Gesandnis von Paul Wendel untersuchen, gewährten die Großgeschworenen Hauptmann einen Straußauftrieb von 48 Stunden. Gouverneur Hoffman gewährte dem Gangster Charles Zied aus Philadelphia, der zusammen mit Hauptmann am Dienstagabend hingerichtet werden sollte, einen 30tägigen Straußauftrieb.

Hauptmann hat an den Gouverneur des Staates New Jersey Hoffman ein längeres Schreiben gerichtet. Er bittet in diesem Schreiben unter Berufung auf seine Frau und sein kleines Kind in bewegten Worten um Gnade und versichert nochmals, daß er an der Ermordung des Lindbergh-Kindes völlig unschuldig sei. Weiter geht er nochmals auf die fonderbare Rolle, die Dr. Condon in der Angelegenheit gespielt hat, ein, und betont, daß der Fall noch in keiner Weise geklärt sei.

## Schwere Zusammenstöße in Graz

In Graz kam es zwischen Soldaten des österreichischen Bundesheeres, die dem sogenannten Militärstützpunktes zugeteilt sind, und Angehörigen des „Freiwilligen Schutzbundes-Oesterreichischer Heimatdienst“ zu schweren Zusammenstößen. Schon seit einigen Tagen herrschte unter den Soldaten große Mißstimmung darüber, daß zahlreiche Soldaten entlassen und an ihrer Stelle Angehörige des freiwilligen Schutzbundes in Dienst gestellt werden sollten. Nach einer Versammlung zogen nun demonstrierende Soldaten auf den Dollfußplatz, wo sie mit Schutzbundsteuten zusammenstießen. Bald schlossen sich den Soldaten auch Passanten an, und es entwickelte sich eine allgemeine Schlägerei. Die Erregung steigerte sich immer mehr, und die Menge brach aus in regierungseindliche Rufe aus. Erst nach Heranziehung größerer Polizeiverstärkungen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

## Brag protektiert

Als Folge des in Wien beschlossenen Gesetzes über die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitsdienstpflicht in Oesterreich wurde in Prag ein außerordentlicher Ministerrat einberufen. In Prager politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten gegen die durch die Maßnahme der österreichischen Regierung erfolgte einseitige Außerkräftigung der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain Einspruch einlegen wird. Man nimmt an, daß die Wiener Entscheidung im Zusammenhang mit den letzten römischen Besprechungen steht.

## Schlacht am Wshangi-See

7000 Tote bei der Negus-Armee?

Der letzte neue italienische Heeresbericht meldet: „Marschall Badoglio telegraphiert:

Der Negus hat mit seinen besten Truppen im Gebiet südlich vom Wshangi-See eine große Schlacht eingeleitet. Die Schlacht, in der teilweise mit äußerster Erbitterung gekämpft wurde, schloß mit einem Siege unserer Truppen. Im nächsten Bericht werden weitere Einzelheiten bekanntgegeben werden.“

Alle Hauptpläne aus dem großen Gebiete des Vlocait, das sich bis zum Cala-Strom ausdehnt, haben sich unseren Militärkolonnen in Abi Remoz gestellt, um ihre Unterwerfung anzuzeigen. Hier ist auch eine Anzahl von Notabeln aus Tegghed erschienen, um die Ehrenbezeugungen der Bevölkerung zu übermitteln.

Die Luftwaffe der Somali-Front hat das Hauptquartier der abessinischen Armee von Harrar und Kolonnen, die längs des Giarflusses in Marsch waren, mit Bomben belegt.

Ueber die Schlacht beim Wshangi-See ist inzwischen folgende Mitteilung veröffentlicht worden:

Im Gebiet des Wshangi-Sees hat am 31. 3. in der Gegend von Quorum eine große Schlacht stattgefunden. Das Heer des Negus mit den Gardetruppen, die mit allen modernen Waffenarten ausgerüstet sind, hat unsere Stellungen im Süden von Mai-Cou angegriffen. Der Tag schloß mit dem vollen Siege unserer Waffen. Die abessinische Aktion begann um 6 Uhr und dauerte bis 18 Uhr fort. Alle Front- und Umgebungsangriffe wurden zurückgeschlagen.

Am Nachmittag sind unsere nationalen und eritreischen Truppen zum Gegenangriff übergegangen und schlugen den Feind in die Flucht. Er zog sich in Unordnung in das Tal des Mecan zurück und wurde dabei von unseren Flugzeugen und von unserer Artillerie bombardiert. Die Verluste auf Seiten des Negus sind sehr schwer und betragen schätzungsweise 7000 Tote, unter denen sich auch einige Unterführer befinden. Es wurden viele Gefangene gemacht und große Mengen von Waffen erbeutet. Unsere Gesamtverluste betragen: Offiziere 12 Tote, 44 Verwundete, italienische nationale Soldaten 51 Tote, 152 Verwundete, eritreische Soldaten ungefähr 800 Tote und Verwundete zusammen.

Unsere Flieger haben lebhaften und wirksamen Anteil an der Schlacht genommen und wurden von dem Gegner angegriffen, wobei viele Flugzeuge getroffen wurden. Aus Angaben von Gefangenen geht hervor, daß die abessinischen Truppen ungefähr mit 20.000 Mann an der Schlacht beteiligt waren und daß der Negus persönlich an dem Angriff gegen unsere linken Flügel teilgenommen hat. Im westlichen Frontabschnitt rücken unsere Kolonnen unter Sympathiebekundungen der Eingeborenen von Abi Remoz nach Süden vor.

## Abdis Abeba dementiert

Abessinischen Meldungen zufolge ist die Lage an der Nordfront seit Tagen völlig unverändert, da alle Einzelheiten über Truppenbewegungen und Kämpfe fehlen. Mit dem Bericht Nr. 187 dementiert die abessinische Regierung am Mittwoch amtlich die im italienischen Heeresbericht Nr. 168 behauptete Beteiligung der Städte Sotota und Debarek. Auch der sonstige Inhalt dieses italienischen Heeresberichts wird als nicht zutreffend bezeichnet.

## Von gestern bis heute

Gesunde Staatsfinanzen in Danzig.

Die Danziger Regierung hat durch Verordnung im Staatsanzeiger vom 31. 3. den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1936/37 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft gesetzt. Der ordentliche Haushaltsplan ist mit rund 117 Millionen Danziger Gulden, der außerordentliche Haushaltsplan mit rund 172.000 Gulden in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Das bedeutet gegenüber dem vorjährigen Haushaltsplan eine weitere Ersparnis um annähernd 8 Millionen Gulden. Gleichzeitig ist durch Senatsbeschluss auch der Haushaltsplan der Stadtgemeinde Danzig für 1936/37 in Kraft gesetzt worden, der ebenfalls einwandfrei ausgeglichen worden ist.

60 Kommunisten in Polen verhaftet.

Die Warschauer Polizei hat einen erfolgreichen Schlag gegen die Leitung der kommunistischen Partei in Polen durchgeführt. Es wurden rund 60 kommunistische Führer verhaftet, in der Nähe von Warschau eine kommunistische Druckerei ausgehoben, große Mengen kommunistischer Propagandamaterialien und außerdem eine Parteifabrik beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befinden sich die Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und des Warschauer Komitees der Partei. Die Verhafteten sind fast durchweg Juden.

Italienische Klage beim Haag gegen Frankreich?

Nach einer Savasmeldung aus dem Haag soll der Internationale Ständige Gerichtshof durch die italienische Regierung mit einer Klage gegen die französische Regierung befaßt worden sein. Diese Klage beziehe sich auf Maßnahmen sowohl der Verwaltung von Marokko (besonders durch die Minenverwaltung) wie auch der französischen Behörden und der Regierung in ihrer Eigenschaft als Protektor von Marokko, die sich auf die Nachschube und Ausbeute von Phosphaten in Marokko erstrecken.

## Kleiner Weltspiegel

19 jüdische Schüler und 15 Schülerinnen der Bubapester jüdischen Bürgerschule und des jüdischen Madchennymnasia wurden wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet. Das Verhör ergab, daß sie einer weitverzweigten Organisation der Jungkommunisten angehörten.

In Ciudad Gonzales im mexikanischen Staate Guanajuato kam es zu Zusammenstößen zwischen Katholiken und der vom Unterrichtsministerium zur Förderung des sozialistischen Unterrichts entsandten Kommission. 15 Personen wurden getötet, 14 verletzt.

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, wurde für ein weiteres Jahr auf seinem Posten bestätigt. Das neue Dienstjahr, das er auf Grund dieser erneuten Bestätigung beginnt, ist sein 17. Dienstjahr.

## Bereinstolender

Chorverein Niederfränkchen Spangenberg.  
Heute 9 Uhr: Gesangsfunde. Der Chorleiter.

## Das festgefüllte, runde Format



der ALVA-RUNDE SORTE entwickelt ein besonders volles Tabak-Aroma, dessen ausgeprägter würziger Charakter auf die Verwendung von macedonischen Provenienzen aus der hervorragenden Ernte 35 zurückzuführen ist!

3 1/3  
DICK RUND OHNE



ALVA  
Runde Sorte

# Der Tod im Bauschacht

## Das Unglück am Brandenburger Tor vor Gericht

Vor der 11. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts begann der Prozeß wegen des Baugrubenunglücks in der Hermann-Göring-Straße am 20. August vergangenen Jahres.

Wir alle erinnern uns noch an jenen heißen Augustnachmittag, als die Schreckensnachricht bekannt wurde, daß sich eine Einsturzkatastrofe bei dem Tunnelbau für die Nord-Süd-S-Bahn in Berlin ereignet hatte. Der jähle Tod hatte 10 Arbeitsschichten gerade während der Mittagspause unter stürzenden Sandmassen begraben. Fieberhaft begann sofort die Aktion zur Bergung der Verschütteten. Tag und Nacht und ohne Pause waren Minierer der Wehrmacht, Arbeitsdienstmänner, Soldaten der Wachtruppe Berlin, Feuerwehrmänner und Technische Hilfsmittel am Werk. Auf Veranlassung von Dr. Ley wurde auch eine Abteilung Ruhrbergknappen im Flugzeug nach Berlin beordert, die auf Grund ihrer besonderen Kenntnisse zur Bergung Verschütteter mit eingesetzt wurden. Am Abend des 24. August wurden die ersten drei Toten gefunden. Die Hoffnung, daß sich noch Lebende unter der Erde befinden könnten, schwand immer mehr dahin. Ganz Deutschland nahm Anteil an diesem schmerzlichen Unglück und führte den herben Schmerz mit, den die Angehörigen der toten Arbeitsschichten erleiden mußten.

### Der Unglückschacht

Der Unglückschacht diente dem Bau der Nord-Süd-S-Bahn auf der Teilstrecke zwischen dem Brandenburger Tor und dem Potsdamer Platz. Am Baue der Bauarbeiten ergaben sich besondere Schwierigkeiten aus der technischen Aufgabe, die Strecke mittels einer Kurve in die Fluchtlinie der Straße unter den Linden hineinzuführen. Bald stellte sich nun die Notwendigkeit der Schaffung von zwei Kehrer- oder Abstellgleisen heraus, die in einem besonderen Tunnel oberhalb der Verkehrsgleise angeordnet werden mußten. Die Baugrube mußte daher um einen Meter tiefer als ursprünglich vorgegeben, ausgehoben werden. Außerdem stand die Baugrubenleitung vor der Aufgabe, infolge der Verbreiterung der Baugrube eine neue östliche Außenwand auf der Seite der Ministergärten herzustellen, so daß die bisherige Außenwand zur östlichen Mittelwand wurde. Diese östliche Mittelwand hat später dem Druck der Erdmassen nicht mehr standgehalten und den folgenschweren Einsturz der ganzen Baugrube nach sich gezogen.

Das gewaltige Bauvorhaben der Nord-Süd-S-Bahn wurde im Jahre 1933 im Rahmen der Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen und stellte nach der Höhe des Objekts einen ganz wesentlichen Beitrag zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung dar. Als Bauherr trat die Reichsbahn auf. Die Ausführung des Baues wurde der Berlinischen Baugesellschaft im Wege der Ausschreibung übertragen. Ob in der Französischen Straße etwa, wie später behauptet worden ist, ein besonderes Gefahrmoment lag, wird sich erst auf Grund der Hauptverhandlung feststellen lassen.

### Die Angeklagten

Die Untersuchung ergab eine Zahl von Mängeln in technischer, handwerklicher und organisatorischer Beziehung, für die nach Auffassung der Anklage die zuständigen leitenden Vertreter der Berlinischen Baugesellschaft wie auch der Reichsbahn verantwortlich sind. Die Straffache läuft unter dem Namen „Hoffmann und andere“.

Es sind angeklagt: Der 54jährige Diplomingenieur Hugo Hoffmann als Geschäftsführer und Direktor der Berlinischen Baugesellschaft;

der 42jährige Diplomingenieur Fritz Roth als örtlicher Bauleiter der Berlinischen Baugesellschaft auf dem Baubau in der Hermann-Göring-Straße;

der 50jährige Reichsbahnoberrat Curt Kellberg als Streckenbegehrer;

der 35jährige Reichsbahnrat Wilhelm Weyher als Vorstand des für den Bauabschnitt zuständigen Neubauamts 4;

und der 41jährige Bauwart Wilhelm Schmitt, der als Angestellter der Reichsbahn auf verantwortlichem Posten im Unglückschacht mitgearbeitet hat.

Sämtliche fünf Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft. Reichsbahnoberrat Kellberg ist Ende November vorigen Jahres allerdings wegen ärztlich bestätigter Hantunfähigkeit vom weiteren Vollzug der Untersuchungshaft verschont worden.

### Strafrechtliche Vorwürfe

Sämtliche fünf Angeklagten wird zur Last gelegt, durch Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung ihrer beruflichen Sorgfaltspflicht den Tod der 19 Verunglückten verursacht und sich damit einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht zu haben.

Am einzelnen wird neben Mängeln technischer Art u. a. beanstandet, daß eine mehrfache von der Reichsbahn angeordnete Projektänderung von der Berlinischen Baugesellschaft nicht zum Anlaß genommen worden ist, die erforderlichen weitergehenden Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

An der Baustelle soll nicht ein einziger mit der Mischtafel übereinstimmender Bauplan vorhanden gewesen sein.

Weiter steht die Anklage als erwiesen an, daß die nach den allgemeinen Bauvorschriften der Reichsbahn erforderlichen Sicherheitskonstruktionen, vor allem in den tieferen Etagen der Baugrube, nicht in dem vorgeschriebenen Umfang eingebaut worden sind. Den zuständigen Vertretern der Reichsbahn wird zum Vorwurf gemacht, daß sie ihrer Kontrollpflicht besonders nach der Projektänderung nicht ausreichend nachgekommen sind.

Bei der Schwierigkeit und dem Umfang des Projektes ist mit einer mehrwöchigen Verhandlungsdauer zu rechnen. Außer den 16 oder 17 Sachverständigen, die sich teilweise zu Gutachtergruppen zusammengeschlossen haben, ist die Ladung von 36 Zeugen für die Beweisaufnahme vorgelesen. Als Sitzungstage sind der Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeder Woche in Aussicht genommen. An den Wänden seitlich des Richtertisches sind große Schaulbilder angebracht, die alle Einzelheiten des technischen Aufbaues in dem Unglückschacht darstellen.

Im Mittelpunkt des ersten Verhandlungstages stand die Frage der Verantwortlichkeit des Reichsbahnoberrats Kellberg. Dieser Angeklagte, der als Streckenbegehrer die maßgebende Stellung einnahm, erklärte, daß er für sich die Verantwortung für eine praktische Mitüberwachung der Baustelle ablehne, und daß daher die Schuld an dem Einsturzungsunglück nicht bei ihm, sondern bei den „Verantwortlichen des Baues“ liege, zu denen er nicht zu rechnen sei.

Unschlüssig befaßte sich das Gericht eingehend mit den technischen Einzelheiten des Untergrundbaues und der Einrichtung der Baugruben.

## Moskaus Demastierung

Der mongolischen Volksrepublik zur Waffenhilfe verpflichtet.

Moskau, 2. April.

Der stellvertretende sowjetrussische Außenkommissar Stomoniakow hat dem japanischen Botschafter Ohta die Antwort der Sowjetregierung auf den Vorstoß der japanischen Regierung vom 16. März über die Bildung eines „Auslaufes zur Aufrechterhaltung eines Abschnittes der Ostgrenze zwischen Mandschukuo und der Sowjetunion und eines Auslaufes zur Regelung der Grenzstreitigkeiten in diesem Abschnitt“ mitgeteilt. Botschafter Ohta versprach, die Erklärung Stomoniakows der japanischen Regierung zu übermitteln und wiederholte, daß die japanische Regierung nichts gegen die gewünschte Erweiterung der Zuständigkeit des Grenzauflaufes auf die gesamte sowjetrussisch-mandschurische Grenze einzumenden habe. Sie sei ferner nicht dagegen, daß ihr Vorstoß vom 16. März auf die mongolisch-mandschurische Grenze ausgedehnt werde. Es falle der japanischen Regierung aber schwer, in dieser Frage Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu führen, da sie nicht wisse, welche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Neuen Mongolei bestehen.

Der stellvertretende Außenkommissar erwiderte auf diesen Einwand, er habe bereits am 21. Februar dem Botschafter Ohta mitgeteilt, daß die Sowjetunion verpflichtet ist, der mongolischen Volksrepublik im Falle eines Ueberfalles von dritter Seite Hilfe zu leisten. Diese Verpflichtung bestimme tatsächlich seit 1921, als die Sowjetunion und die Neue Mongolei, die sich gegen einen Angriff auf ihr Gebiet gemeinsam verteidigen mußten, die Uebereinkunft trafen, sich gegenseitig zu unterstützen. Diese mündliche Verpflichtung sei in einem Protokoll über gegenseitige Hilfe schriftlich niedergelegt worden, das am 13. März 1936 in Ulanbator unterzeichnet worden sei.

### Scharfe Sprache in Tokio

Die entscheidende Erklärung Stomoniakows gegenüber dem japanischen Botschafter in Moskau bringt endlich, wie die japanische Presse betont, die seit langem von Japan geforderte Klärung der Grenzverhältnisse zwischen Mandschukuo und der Sowjetunion bzw. der Neuen Mongolei. Die Zeitungen heben hervor, daß nunmehr die gemeinsame Front gegen Japan und Mandschukuo hergestellt ist, wobei die bisher zwar noch nicht geäußerte, aber doch als sicher anzunehmende Beteiligung Rangings die Lage noch wesentlich verschärft. Fraglich sei nur noch, ob auch bei örtlichen Grenzstreitigkeiten mit der Neuen Mongolei die Hilfe der Sowjetunion vorgezogen sei.

## „Hindenburg“ auf Südamerikafahrt

Das Luftschiff mit 36 Fahrgästen gestartet.

Friedrichshafen, 1. April. Das Luftschiff „Hindenburg“ ist Dienstag früh 5.28 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner ersten Südamerikafahrt gestartet.

55 Tonnen Betriebsstoff, ausreichend für 120 Flugstunden, 50 Kilogramm Post, 24 Tonnen Proviant, 1500 Kilogramm Fracht, darunter ein Auto, waren an Bord geladelt worden. Nach 4 Uhr trafen Beladung und Fahrgäste in der Halle ein. Die Zollbeamten genügten ihrer Pflicht. 36 Fahrgäste erlebten die notwendigen Formalitäten und

bestiegen durch das Transit- und Zollamt, das von den Nationalen, Brasilianern, Holländern, Argentinern, Peruanern und Oesterreichern, an Bord. Professor Dr. Hansa, Gräfin Waldeck, Baronin Veitner, die von der amerikanischen Marine, der schon vorher in Fahrt ebenfalls teil.

## Sturmfahrt des „E3. Hindenburg“

Der an der ersten Südamerikafahrt des „Hindenburg“ teilnehmende Sonderberichterstatter des „Hindenburg“ über die stürmische verlaufene Nachtfahrt des Luftschiffes folgenden Bericht:

Bei Nacht und dichtem Nebel fahren wir in der Stärke 7 bis 10, das sind etwa 30 Meter in der Sekunde in 250 Meter Höhe über dem Golf von Biscaya. Man herrscht lebhafter Schiffsverkehr. Man sieht deutlich, wie unten die Schiffe in der schweren See schlingern und stampfen. Wir aber liegen mit der „Jepp“ völlig ruhig in der Luft. Von der Wirbelwinden der kräftigen Motoren verpören wir nichts. Das Daimler-Benz-Motorvolle Fahrt. Erste Nacht am Mittwochmorgen um 7.30 Uhr auf der Höhe der Finisterre an der spanischen Küste ein auf der Höhe der Mittelmeer kommendes englisches Kriegsschiff. Der Engländer lenkt uns Grüße und wünscht uns eine gute Fahrt. Unser Kurs geht auf das Balmas, von dort aus den günstigen Nordost-Passat auszunützen. Durch den Umweg über Island und Norwegen werden wir erst am Freitag früh Pernambuco erreichen. Etwa am Mittwochabend in Rio de Janeiro sein.

## Neuregelung der Familienunterstützung

für die einberufenen Wehr- und Arbeitsdienstpflichtigen

Ämtlich wird mitgeteilt:

Die Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen ist durch das Gesetz vom 30. März 1936 neuregelung der Familienunterstützung und Durchführungsverordnung des Reichsministers Innen und des Reichsfinanzministers neu geregelt worden.

Das neue Gesetz ordnet das Aufgabengebiet der gesamten Personenteile einheitlich. Es bezieht sich auf die Unterhaltungsregelung für die Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen (Unterstützung bisher durch die Stadt- und Landkreise zu kurzfristiger Ausbildung oder zu Uebungen der einberufenen Wehrpflichtigen andererseits durch die Stadt- und Landkreise).

Die gesamte Familienunterstützung wird nunmehr von der Stadt- und Landkreise als übertragene Haushaltsgabe durchgeführt.

Die zur engeren Familie des Einberufenen gehörenden Angehörigen (Ehefrau, die ehelichen oder für ehelich erklärten Kinder) der Unterhaltungsregelung des Einberufenen (Unterstützung) sind ohne weiteres Unterhaltungsbedürfnis, soweit ihr notwendiger Lebensbedarf während der Einberufung nicht oder nicht ausreichend gesichert ist.

Für eine zweite Gruppe von Angehörigen ist die Unterhaltungsbedürfnis von der weiteren Voraussetzungen abhängig, daß die Einberufenen bis zur Unterhaltungsbedürfnis der Angehörigen ganz oder zu einem wesentlichen Teil Ernährer gewesen ist. Diese Voraussetzungen sind nach Durchführungsverordnung dann als erfüllt anzusehen, wenn die Einberufenen während des letzten halben Jahres vor Unterhaltungsbedürfnis der Angehörigen insgesamt mindestens die Hälfte der tatsächlich aufgewendeten Kosten des Unterhalts der Angehörigen aus eigenen Mitteln und Kräften getragen hat. Zu dieser zweiten Gruppe gehören folgende Angehörige:

1. Die schullos geschiedene Ehefrau, der der Einberufene nach § 1578 des Bürgerlichen Gesetzbuches Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist;

2. Entel, Pflegekinder und die nicht mit der Ehefrau des Einberufenen zusammenlebenden Stiefkinder;

3. uneheliche Kinder, wenn der Einberufene die Vaterpflicht nach § 1718 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt hat, oder wenn seine Unterhaltspflicht in einem vollstreckbaren Titel festgestellt ist;

4. Verwandte der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern usw.);

5. Adoptivkinder, wenn sie den Einberufenen vor der Unterhaltungsbedürfnis der Angehörigen als Kindes statt angenommen haben, Stiefeltern und Pflegeeltern.

Die Familienunterstützung ist auch nach dem neuen Gesetz von dem Unterhaltungsbedürfnis nicht zurückzuführen. Die Unterhaltungsbedürfnis der Angehörigen im wesentlichen den Grundbesitz, nach denen die von den Stadt- und Landkreisen bisher durchgeführte Familienunterstützung bemessen war.

## Festkarten.

Die Ausgabe der Festkarten für die Monate bis Juni 1936 erfolgt für die Buchhaben:

A—K am Freitag, den 3. d. Mts. von 10—12 Uhr

L—Z am Sonnabend, den 4. d. Mts. von 10—12 Uhr

Die Festkarten müssen von den Bezugsberechtigten selbst abgeholt werden. Die Abholung durch einen anderen Person kann nicht erfolgen. Personen, die geschäftlich mit Festkarten beauftragt sind, sind von dem Bezuge der Festkarten ausgeschlossen.

Eine nochmalige Ausgabe der Festkarten findet nicht statt. Spangenberg, den 2. April. 1936.

Der Bürgermeister: Fennert.

Leist die

Spangenberg Zeitungs

Empfehlung aus eigenen Kulturen  
frisches  
Kopfsalat und Spinat  
frischer  
blühende und grüne Pflanzen  
in großer Auswahl  
Gärtnerei Emil Werkmeister

## In letzter Minute

erinnern wir Sie daran, daß Sie für die Konfirmation am Sonntag noch Glückwunsch-karten brauchen. Wenden Sie sich an die

Buchdruckerei H. Munzer

Am Marktplatz gelegen,  
sonnige

Wohnung

drei, evtl. zwei Zimmer, Küche  
und Zubehör ab 1. 5.

zu vermieten.

Bestichte

Nachprüfung der Unfallverhütungsvorschriften.

In den nächsten Tagen findet eine Nachprüfung der Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Bauhaltungen seitens der Hesse-Nassauischen landwirtschaftlichen Versuchsgesellschaft statt. Ich ersuche, etwa vorhandene Mängel noch vor der Revision zu beseitigen, damit keine Befristung erfolgt. Spangenberg, den 31. März 1936.

Der Bürgermeister:  
Fennert.

Drucksachen

liefert schnell u. preisw.

Buchdruckerei

H. Munzer